B. WILD / BW PHOTOAGENTUR

Gleisanlage in Stuttgart

Gefährdete Großprojekte
wegen fehlender Finanzierung im mittelfristigen Zeitraum

RRX Rhein-Ruhr-Express	**4049** Mio. €
Rhein/Main–Rhein/Neckar Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim	**3614** Mio. €
S-Bahn Köln, S13 Troisdorf–Bonn–Oberkassel	**434** Mio. €
S-Bahn Rhein/Main Nordmainisch	**304** Mio. €
S-Bahn Rhein/Main Bad Vilbel–Friedberg	**271** Mio. €
S-Bahn Rhein/Main, 4-gleisiger Ausbau Frankfurt–Bad Vibel	**226** Mio. €
Gesamt	**8898** Mio. €

VERKEHR I

Streckenstreichungen wegen Stuttgart 21?

Die Kostenexplosion beim Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 wird offenbar langfristig den Ausbau wichtiger Schienenstrecken gefährden. Vergangene Woche hatte Bahn-Vorstand Volker Kefer gegenüber dem Aufsichtsrat des Staatskonzerns eingeräumt, dass sich der Bau des unterirdischen Bahnhofs um mehr als zwei Milliarden Euro verteuern könnte, wovon die Bahn Mehrkosten von 1,1 Milliarden übernehmen wird. Zu derselben Sitzung legte Kefer eine Liste von Ausbauprojekten vor, die auch wegen fehlender Mittel aus dem Bundeshaushalt in den kommenden fünf Jahren nicht mehr finanziert werden können. Die Streichliste („Mengenmäßige Veränderungen im Großprojekte-Portfolio“) enthält sechs Strecken mit einem Volumen von knapp neun Milliarden Euro (siehe Grafik). Ein Bahn-Sprecher bestreitet einen Zusammenhang mit der Kostensteigerung bei Stuttgart 21; dies gehe „nicht zu Lasten anderer Infrastrukturprojekte“. Wie die Bahn in den kommenden zehn Jahren ihren Anteil an den Mehrkosten für das ausufernde Milliardenprojekt stattdessen aufbringen will, bleibt bisher im Vagen. Bislang werden derartige Investitionen auch über die Gewinne des vom Bund bezahlten Eisenbahnnetzes finanziert. Das will die Europäische Kommission künftig verhindern. Die Brüsseler Wettbewerbshüter haben Ende November ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Begründung: Die Gewinnabführungsverträge im Staatskonzern Deutsche Bahn regelten eine „Quersubventionierung“, die den Wettbewerb im Schienenverkehr verzerre.

VERKEHR II

Energiewende verteuert Bahntickets

Hunderttausende Kunden des öffentlichen Nahverkehrs müssen infolge der Energiewende mit höheren Fahrpreisen rechnen. Dies geht aus einem internen Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. Hintergrund: Bislang sind Verkehrsbetriebe von der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschriebenen Umlage weitgehend befreit, die die höheren Herstellungskosten für Strom aus Sonne, Wind oder Biomasse ausgleicht. Doch Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat angekündigt, diese Befreiung nur noch Unternehmen zu gewähren, die im internationalen Wettbewerb stehen. Die Verkehrsbetriebe wären damit nicht mehr dabei. Entsprechend würden die Preise für S- und U-Bahnen steigen, heißt es in Koalitionskreisen. Die Kosten der Energiewende im kommenden Jahr treffen vor allem Geringverdiener. Ein Haushalt mit einem Einkommen von weniger als 1000 Euro pro Monat muss rund 80 Euro oder 1,3 Prozent seines Einkommens für die höheren Herstellungskosten von Ökostrom aufbringen. Eine Familie aus der obersten Einkommensgruppe würde hingegen nur mit 82 Euro oder 0,2 Prozent des Lohns zusätzlich belastet. Dies geht aus einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln hervor. „Die Ungerechtigkeit ist untypisch für öffentliche Abgaben“, kritisiert Studienleiter Hubertus Bardt, „gewöhnlicherweise bezahlt der mehr, der viel verdient.“

Altmaier

MAURIZIO GAMBARINI / DPA